



für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 17/25 (Nr.45) am 1. November 2025

Außerordentliche Landesbezirkskonferenz:

ver.di RPS wählt neue Landesbezirks*leiterin

Kollege Michael Blug wird von seiner Tätigkeit an der Spitze des ver.di-Landesbezirks Rheinland-Pfalz-Saarland im November zurücktreten. Da dies ein Wahlamt ist, findet am 21. November in Kirkel eine außerordentliche Landesbezirkskonferenz mit Neuwahlen statt.

Die Landesleitung besteht aus drei Personen. Dem Landesbezirksleiter Michael Blug und zwei stellvertretenden Landesbezirksleiterinnen, das sind aktuell Sabine Engelhardt-Cavelius und Marion Paul.

Wenn Michael zurücktritt und Marion als Leiterin gewählt wird, dann ist folglich wieder ein Platz als Stellvertreter*in vakant. Falls das der Fall sein sollte, dann findet auf der Konferenz auch die Wahl eines oder einer neuen Stellvertreterin statt. Dazu hat Frank Hutmacher, Fachbereichsleiter Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft schon seine mögliche Kandidatur angekündigt.

Erst einmal geht es bei der Wahl aber um der Leiterin oder des Leiters.

Dazu sagt unsere Satzung in § 35:

„Die Landesbezirksleitung besteht aus einer/einem gewählten hauptamtlichen Landesbezirksleiter*in und zwei gewählten hauptamtlichen Stellvertreter*innen. Die Landesbezirksleitung führt die Geschäfte des Landesbezirkes in Zusammenarbeit mit dem Landes-

bezirksvorstand nach Maßgabe der vom Landesbezirksvorstand erlassenen Geschäftsordnung.

Sie koordiniert die landesbezirkliche Gewerkschaftsarbeit einschließlich des Zusammenwirkens von Ebenen und Fachbereichen gemäß § 47 der Satzung. Die/der Landesbezirksleiter*in oder deren Stellvertreter*innen vertritt die ver.di in landesbezirklichen Angelegenheiten. Bei rechtsgeschäftlicher Vertretung handelt sie/er als Bevollmächtigte*r des Bundesvorstandes.“

In der Debatte wird manchmal die Frage gestellt, ob denn Michael Quetting als Rentner kandidieren dürfe. Auch da hilft ein Blick in die Satzung. Da lesen wir in § 21: „Wählbar ist, wer mit seinen satzungsgemäßen Beiträgen nicht im Rückstand ist und seinen Pflichten zur Abführung von Bezügen aus Aufsichtsrats-, Verwaltungsratsmandaten und sonstigen abführungspflichtigen Nebentätigkeiten gemäß den hierzu vom Gewerkschaftsrat erlassenen Richtlinien nachgekommen ist.“

Marion Paul:

Ich verstehe mich als Prozessverantwortliche

Marion Paul war Bezirksgeschäftsführerin im Bezirk Mittelrhein, bevor sie in die Landesbezirksleitung gewählt wurde. Der Landesbezirksvorstand hat sie mit sehr großer Mehrheit für die Wahl zur Landesbezirksleiterin nominiert. Kollegin Paul hat sich dem LBV mit nachfolgender Motivationsrede vorgestellt.

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen gemeinsam vor großen gesellschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Herausforderungen. Unsere Demokratie ist in Gefahr.

Autoritäre Kräfte gewinnen weltweit an Einfluss, soziale Ungleichheit verschärft sich, und Verteilungskämpfe nehmen zu - auch in Deutschland. Gleichzeitig geraten gewerkschaftliche Errungenschaften wie das Streikrecht und der Acht-Stunden-Tag zunehmend unter Beschuss. Die Digitalisierung, der Einsatz von Künstlicher Intelligenz und die Transformation der Arbeitswelt stellen uns vor neue, komplexe Fragen - mit Chancen, aber auch mit erheblichen Risiken für Arbeitnehmer*innenrechte. Hier sind wir alle gefordert, unsere Werte in die Diskussionen mit einzubringen und unsere Rechte zu schützen.

Zudem sehen wir uns mit Arbeitgebern konfrontiert, die sich Tarifverträgen entziehen und versuchen, gewerkschaftliches Engagement im Betrieb zu behindern. Gerade in solchen Zeiten ist es unsere Aufgabe als ver.di, klar Haltung zu zeigen und aktiv gegenzusteuern - durch politische Weichenstellungen, durch betriebliche Stärke, durch solidarisches Handeln. Tarifbindung wird ein Schwerpunktthema der nächsten Jahre sein.

Im Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland haben wir uns gemeinsam auf den Weg gemacht. Wir haben einen transparenten Prozess gestartet und einen gemeinsamen Sollstellenplan erzielt, wir haben eine solidarische Finanzierung für den Bereich Bildung, drei Jugendstellen sowie für Organisation und Personal erreicht. Des Weiteren haben wir uns gemeinschaftlich auf die Finanzierung von zwei Projektstellen verständigt: für die Themen Digitalisierung / Ehrenamt und Rekommunalisierung / „Daseinsvorsorge“ als Antwort auf rechte Gesinnungen.

Soziale Sicherheit und Investitionen in unsere Zukunft, die die Menschen auch spüren und wahrnehmen, sind der beste Schutz gegen rechte Versuchungen.

Mir ist bewusst, dass noch viel Arbeit vor uns liegt. Es geht auch um gezieltes Kompetenz- und Nachfolge-management im Haupt- und im Ehrenamt, um die Stärkung der betrieblichen und tariflichen Arbeit, um die Gewinnung und Bindung von Mitgliedern auch außerhalb von Tarifrunden - und darum, dass ver.di nicht nur digital, sondern konkret und greifbar im Alltag der Kolleg*innen erlebbar bleibt.

Am Sitz des Landesbezirks in Mainz können wir dank der finanziellen Beteiligung aller Fachbereiche und der Bezirke einen Sitzungs- und Schulungsbereich realisieren, unsere ver.di Begegnungsstätte.

Seit ver.di Gründung war ich Bezirksgeschäftsführe-



rin, Ende 2023 wurde ich als stellvertretende Landesbezirksleiterin gewählt. Ich kenne unsere Organisation und unseren gesamten Landesbezirk. Ich verstehe mich als Prozessverantwortliche, die sich nicht scheut, im Sinne der Organisation und unseres Landesbezirks auch ggf. schwierige Wege zu gehen und unbequeme, aber notwendige Entscheidungen zu treffen. Mein Fokus ist immer darauf gerichtet, am Ende gemeinsame tragbare Ergebnisse im Sinne aller zu erzielen.

Ich möchte diesen Weg weiterhin mit euch gemeinsam gestalten - mit Herz, mit Haltung, mit Streitkultur und mit dem festen Willen und dem Ziel, auch künftig tragbare Lösungen zu finden. Denn ich bin überzeugt: Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen der heutigen Zeit bewältigen.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit und auf das, was wir noch miteinander bewegen können.

Mit solidarischen Grüßen
Marion Paul“

Michael Quetting:

Den Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Sozialabbau aussprechen

Der langjährige Gewerkschafter Michael Quetting will Landesbezirksleiter von ver.di Rheinland-Pfalz/Saarland werden. Auf der kommenden Landesbezirkskonferenz stellt sich der frühere Gewerkschaftssekretär mit einer klaren Botschaft zur Wahl: „Ohne Frieden ist alles nichts.“

Quetting, der viele Jahre im Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen tätig war, kündigt an, in seiner Kandidatur zwei Schwerpunkte zu verbinden: eine klare friedenspolitische Haltung und den Aufbau einer kämpferischen, beteiligungsorientierten Gewerkschaftskultur. „Wir stehen an einem Wendepunkt“, sagt er. „Die Krisen unserer Zeit – soziale Spaltung, Klimawandel, Krieg und Armut – treffen die Beschäftigten mit voller Wucht. Gerade jetzt braucht es eine ver.di, die Haltung zeigt und sich einmischt.“

Besonders kritisch bewertet Quetting die sogenannte „Zeitenwende“. Die massiven Aufrüstungsvorhaben bedeuteten nicht nur mehr Waffen, sondern auch den weiteren Rückbau des Sozialstaats. „Wenn Milliarden für Rüstung ausgegeben werden, während in Kitas, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen jeder Cent fehlt, ist das keine Notwendigkeit, sondern eine politische Entscheidung“, so Quetting.



Michael Quetting in der Mitte mit Hut auf der Demonstration der Friedensbewegung am 3. Oktober 2025 in Stuttgart



Quetting auf einer Kundgebung in Oberwesel. Viel beachtet wurde sein 5-Punkte-Rettungsplan für den Erhalt der Loreley-Kliniken im SWR aus der Rheinfelshalle Sankt Goar.

Er verweist auf das neue US-Militärkrankenhaus in Weilerbach bei Ramstein, das rund 1,5 Milliarden Euro kosten soll – während die rheinland-pfälzischen Krankenhäuser seit Jahren unterfinanziert sind. „Das ist ein Symbol dafür, wohin die Prioritäten verschoben wurden. Für militärische Infrastruktur ist Geld da, für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung nicht.“ Für Quetting ist klar: Friedenspolitik ist auch Gewerkschaftspolitik. „Wir dürfen die Verbindung von Aufrüstung und Sozialabbau nicht länger verschweigen. ver.di muss wieder laut werden als Friedensorganisation. Abrüsten statt Aufrüsten – das ist unsere Aufgabe.“

Doch seine Kandidatur zielt nicht nur auf politische Positionierung, sondern auch auf die innere Erneuerung der Gewerkschaft. „Wir sind zu leise, zu angepasst und zu selten in den Schlagzeilen“, sagt der 71jährige, der weiterhin im Ortsverein Saar-Blies aktiv ist. „Wir brauchen wieder Mut zur Konfrontation – und keine Angst vor Ecken und Kanten.“

Er fordert eine neue Kultur der Beteiligung: mehr Demokratie, mehr Transparenz und lebendige Strukturen in den Betrieben. „Keine Stellvertreterpolitik, sondern Selbstermächtigung“, so Quetting. Als Beispiele nennt er die Krankenhausbewegung im Saarland und mehrere erfolgreiche Ultimativen im Gesundheitswesen, die er mitorganisiert hat. „Das zeigt: Wenn Kolleginnen und Kollegen gemeinsam handeln, lässt sich etwas bewegen.“

Seine Vorstellung von ver.di ist klar umrissen: kämpferisch, politisch, von unten nach oben organisiert. „Wir dürfen nicht länger zusehen, wie wir weniger werden. Wir müssen wieder attraktiv werden für alle, die Veränderung wollen – mit Haltung, Rückgrat und Lautstärke.“

Mit seiner Kandidatur verbindet Quetting die Hoffnung auf Aufbruch. „Wenn sich die Welt verändert, muss sich auch unsere Gewerkschaft verändern. Wir brauchen eine ver.di, die Konflikte nicht scheut, sondern führt – im Betrieb, in der Gesellschaft und für den Frieden.“

Ganz unabhängig wie die Wahl auf der Konferenz ausgeht, steht schon heute für den Kollegen Quetting sein Fazit fest: „Ohne Frieden ist alles nichts. Und ohne Bewegung auch keine Veränderung.“

ver.di Saar-Blies berät:

Unser Vorhaben im Jahr 2026

2026 stehen Organisationswahlen bei ver.di an. Gewählt werden wird ein neuer Vorstand und die Delegierten zu der Bezirkskonferenz. Außerdem gilt es zu beraten, wer den Ortsverein im Bezirksvorstand vertritt.

Noch wichtiger ist es allerdings, was wir uns denn für das nächste Jahr so vornehmen. Welche Schwerpunkte setzt sich unsere Gruppe. Welche Kämpfe erwarten wir und wo wollen wir eingreifen. Diskutiere bitte mit. Wir brauchen Deinen Rat und Deine Ideen.

Nachdem wir uns im Großen und Ganzen darüber klar geworden sind, wird unser Vorsitzender Rainer Tobae unseren Plan auf der Klausur des Bezirksvorstandes im November vorstellen.

Dort werden alle Arbeitsvorhaben der Fachbereiche, der Personengruppen und Ortsverbände vorgestellt und koordiniert.

Deswegen geht die Einladung zu unserer Sitzung am 13. November 2025 um 18 Uhr im ver.di-Haus.

Es wäre schön, wenn Du vorbeikommst und mitentscheidest.



Kliniksterben geht weiter

Sparen an der Gesundheit

Die Bundesregierung beschloss ein „kleines Sparpaket“ für das Gesundheitswesen. Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) will so zwei Milliarden Euro „schnell einsparen. Von den zwei Milliarden Euro Einsparungen in der gesetzlichen Krankenversicherung sollen 1,8 Milliarden bei den Krankenhäusern gekürzt werden. Bei den Krankenhäusern? Richtig gelesen.

„Schon jetzt werden vielerorts Fachabteilungen und ganze Kliniken aus wirtschaftlicher Not geschlossen. Die Bundesgesundheitsministerin forciert den kalten Strukturwandel und setzt damit die Sicherheit der Gesundheitsversorgung aufs Spiel“, betonte ver.di-Vorsitzender Frank Werneke.

0,2 Milliarden kommen dann durch Einsparungen bei den Verwaltungen der Krankenkassen und dem „Innovationsfonds“ für Forschung und Digitalisierung hinzu.



Die Profite der Pharmakonzerne bleiben unangetastet. Auch die gerechte Einbeziehung von Großverdienenden, von Aktiengewinnen und Mieteinnahmen in die Finanzierung der Krankenversicherung ist nicht geplant. Diese Politik ist eine Bedrohung für uns alle. Man muss an Taschenspielertricks denken. Erst im vergangenen Monat hatte das Kabinett bestimmt, den Klinikbetreibern vier Milliarden Euro auszuzahlen, das seinen „Soforttransformationskosten“. Und nun wird den Betreibern von Hospitälern wieder knapp die Hälfte abgeknöpft. Zickzackpolitik scheinbar ohne Verstand.

Das Kliniksterben geht weiter. Seit 2022 haben 67 Krankenhäuser mit 82 Standorten Insolvenz angemeldet. Fraglos, das Gesundheitswesen droht zu kollabieren.

Impressum:

Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand

ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt: christian.umlauf@verdi.de

OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de

Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de

Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf